

Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge nicht mit Menschenrechten vereinbar - Institut legt Stellungnahme vor

Dr. Hendrik Cremer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Menschenrechte

Aufnahme und gesellschaftliche Teilhabe nach Deutschland geflohener Menschen wird für die kommenden Jahre eine der großen Herausforderungen für Bund, Länder und Kommunen bleiben. Die Menschen müssen Zugang zu Arbeit, zu Bildung und zum Wohnungsmarkt erhalten, damit sie wirklich in Deutschland ankommen und ihre Potenziale einbringen können. Staatliche und nichtstaatliche Akteure haben sich dieser Herausforderung bereits in einer Vielzahl von Projekten und Initiativen vor Ort angenommen.

In diesem Kontext wurde als eine Maßnahme seitens der Regierungskoalition die Schaffung einer Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge angekündigt, um die Binnenmigration zu steuern und Integrationshemmnissen entgegenzuwirken. Die angefügte Stellungnahme des Instituts bewert-

tet dieses Vorhaben menschenrechtlich und kommt zu dem Schluss, dass es im Widerspruch zu Deutschlands Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention und des 4. Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention steht.

Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge sind schwere, unverhältnismäßige Eingriffe in das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl des Wohnsitzes, die die Betroffenen bei der Ausübung weiterer Rechte und ihrer Lebensgestaltung erheblich einschränken. Statt der Einführung von Wohnsitzauflagen empfiehlt das Institut, die Maßnahmen für die frühe gesellschaftliche Teilhabe für Flüchtlinge in den Kommunen zu intensivieren. Dazu gehören etwa ein schneller Zugang für Kinder zu Kindertageseinrichtungen, eine zügige Einschulung schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher, ortsnahe Sprachkurse, Angebote und Programme für den Einstieg ins Arbeitsleben beziehungsweise in eine berufliche Ausbildung junger Menschen.

Wir hoffen, dass wir mit unserer Publikation zur Fortentwicklung der deutschen Flüchtlingspolitik auf Grundlage der Menschenrechte beitragen können und die Bundesregierung ihr Vorhaben überdenkt, Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge einzuführen.

http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Stellungnahmen/DIMR_Stellungnahme_Menschenrechtliche_Bewertung_Wohnsitzauflagen_fuer_anerkannte_Fluechtlinge_09_03_2016.pdf



Foto: Ulf Stefan.